

Botschaft der DDR
in Indien

Eingangsnr. | Bereich
1 1. JULI 1977

New Delhi, 4. 7. 1977

Verteiler:

Genossen Axen

Gen. Minister Fischer, MFAA

Gen. Markowski, ZK d. SED ✓

Gen. Dr. Willerding, MFAA

Abt. SOA

BOND

Vertrauliche Dienstsache				
Nachweis-Bereich	Lfd.Nr.	Jahr	Ausf.-Nr.	Blatt
BOND	76	77	3.	10

V e r m e r k

Über eine Beratung mit dem Botschafter der UdSSR in Indien, Genossen M a l t s e v, am 28. 6. 1977, in der sowjetischen Botschaft

Das Gespräch fand auf unseren Wunsch hin statt und hatte das Ziel, über die entstandene Lage in Indien zu beraten und über von uns vorgesehene Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und Indien zu informieren.

Im Ergebnis eines gründlichen Meinungsaustausches ergab die Beratung folgenden Standpunkt zur in Indien entstandenen Lage:

1. Nach wie vor ist es schwierig, die gegenwärtig ablaufenden Prozesse hinsichtlich ihrer künftigen Bedeutung und Wertigkeit sowie ihren Auswirkungen auf die weitere innenpolitische Entwicklung in Indien und die internationalen Beziehungen einzuschätzen. Indien befindet sich ganz offensichtlich in einer Übergangsphase, deren Wesen auf Grund der Größe des Landes, der Kompliziertheit aller ablaufenden Prozesse und der internationalen Stellung Indiens nur schrittweise eingeschätzt werden kann.
2. Der Regierungswechsel in Indien im Frühjahr 1977 war Ausdruck der Beendigung und des Beginns einer neuen Etappe in der historischen Entwicklung Indiens.

Zu Ende gegangen ist eine Phase, die sich der Erlangung der Unabhängigkeit anschloß und in der die Hauptaufgabe darin bestand, die politische Unabhängigkeit zu sichern und die ökonomische Unabhängigkeit zu erlangen. Mit Hilfe einer durch Nehru ausgearbeiteten Politik wurde diese Aufgabe durch den INC, durch Nehru selbst bzw. seine Nachfolger weitgehend gelöst und eine ausgeprägte kapitalistische Gesellschaft entwickelt.

Die Bourgeoisie konnte sich als herrschende Klasse etablieren. Im internationalen Rahmen wurde Indien zu einem gleichberechtigten Partner und in zunehmendem Maße von den stärksten kapitalistischen Staaten als sicher anerkannt.

In dieser Phase nach der Erlangung der Unabhängigkeit war die zunächst schwache indische Bourgeoisie gezwungen, Rücksicht auf die anderen Klassen und Schichten, besonders auch auf die Werktätigen, zu nehmen. Sie mußte sich auch diesen gegenüber kompromißbereit zeigen. Das wurde deutlich u. a. auch im wechselhaften Verhältnis des INC zur KPI, das jedoch über breite Perioden hinweg durch Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung zumindest in bestimmten Fragen gekennzeichnet war.

Auf außenpolitischem Gebiet war die indische Bourgeoisie in der Lage, mit Hilfe der Nichtpaktgebundenheit eine solche Politik zu betreiben. Mit Hilfe zahlreicher Kompromisse konnte sie daher ihre Position stärken.

In dieser Phase der indischen Entwicklung wurden im Inneren demokratische und in der Außenpolitik antiimperialistische Züge sichtbar.

In den vergangenen 25 - 30 Jahren seit der Erlangung der Unabhängigkeit hat sich in Indien ein immer stärker werdender Kapitalismus entwickelt. Obwohl in den einzelnen Bereichen

unterschiedlich ausgesprägt, ist er zur bestimmenden Kraft geworden.

Eine starke bis hin zur Monopolbourgeoisie geführte Bourgeoisie entstand. In zunehmendem Maße, besonders während des Ausnahmezustandes, entwickelte sich die Führung des INC zum Interessenvertreter bestimmter Teile der Bourgeoisie, insbesondere der Groß- und Monopolbourgeoisie, und geriet damit in Widerspruch zu übrigen Teilen der Bourgeoisie einschließlich der Monopolbourgeoisie, zu bestimmten Teilen der Industrie-, Handels- und Agrarbourgeoisie.

Obwohl über lange Zeit hinweg die INC-Politik den Erfordernissen der objektiven kapitalistischen Entwicklungsgesetze weitgehend Rechnung trug, kam es in der letzten Phase, die mit der Ausrufung des Ausnahmezustandes zusammenfällt, in zunehmendem Maße zu subjektivistisch motivierten Aktionen der INC-Regierung, die der Erhaltung der eigenen Machtpositionen bzw. Interessen bestimmter Teile der indischen Groß- und Monopolbourgeoisie dienten und durch die andere Teile der Bourgeoisie ihre Profitinteressen gefährdet sahen.

Die wachsende Unzufriedenheit der Volksmassen, durch solche subjektivistischen Erscheinungen der INC-Politik verstärkt, hatte ein solches Ausmaß erreicht, daß eine Ablösung der INC-Herrschaft notwendig wurde und erfolgte.

Mit der Veränderung in der Regierung im Ergebnis der Lok-Sabha-Wahlen wurde der Weg für eine ungehemmte weitere kapitalistische Entwicklung geöffnet, für die in der vergangenen Entwicklungsphase beste Voraussetzungen geschaffen worden waren.

Alle, die gegenwärtige Regierung bildenden Kräfte, vertreten die Interessen der Bourgeoisie, wenn sie auch aus verschiedenen Schichten hervorgegangen bzw. mit diesen verbunden sind.

Die gegenwärtige Regierung ist ein buntes Gemisch von Vertretern der Monopol-, Groß-, Mittel- und Kleinbourgeoisie. Ihr gehören Vertreter opportunistischer Kräfte der reformistischen indischen Arbeiterbewegung ebenso an wie Vertreter der Industrie-, Handels- und Agrarbourgeoisie. Die Tatsache, daß es noch keine ausgearbeitete Innen- bzw. Wirtschaftspolitik gibt, daß 100 Tage nach der Parlamentswahl nur ein Rumpfkabinet existiert, heftige Auseinandersetzungen in der Regierungspartei um die Führung im Gange sind und größte Schwierigkeiten bei der Bildung der Staatsregierungen nach den Wahlen bestehen, sind Ausdruck dafür, daß es noch nicht gelungen ist, eine Formel zu finden, die auf der Grundlage des erreichten Niveaus der kapitalistischen Verhältnisse optimal den Interessen aller Schichten der Bourgeoisie entspricht.

Bereits in dieser Phase der Entwicklung nach der Bildung der neuen Regierung sind erneut starke subjektivistische Tendenzen bei bestimmten Kräften (Charan Singh als Vertreter der Agrarbourgeoisie) festzustellen, die in Kürze zu neuen Veränderungen führen können, weil sie weitgehend im Widerspruch zu den objektiven Gesetzmäßigkeiten stehen:

Die diese Tendenzen repräsentierenden Kräfte treten für eine unproportionale Entwicklung und einseitige Stärkung der Agrarbourgeoisie bei Betonung der einseitigen Entwicklung der Landwirtschaft und der Kleinindustrie auf Manufakturbasis ein. Sie propagieren dabei eine historisch überlebte, schwer zu definierende Politik des Gandhismus.

Die Betonung der Kontinuität in der Außenpolitik durch die neue Regierung und in zunehmendem Maße auch hinsichtlich bestimmter Hauptzüge der Innen- und Wirtschaftspolitik unterstreicht die Feststellung, daß es zu keiner grundsätzlichen Veränderung in den Herrschaftsverhältnissen gekommen ist.

Die Herausarbeitung neuer Akzente sowohl in der Außen- als auch Innenpolitik bestätigt, daß es sich lediglich um eine Korrektur der bisher erfolgten kapitalistischen Entwicklung mit dem Ziel, dieser bessere Bedingungen zu schaffen, handelt.

Auf Grund der Größe des Landes, seiner Vielfalt von politischen, ökonomischen, kulturellen und ideologischen Problemen, seiner Bedeutung in den internationalen Beziehungen, kann eine Korrektur sowohl der Innen- als auch Außenpolitik im Ergebnis einer Machtverschiebung innerhalb der Bourgeoisie nicht über Nacht vor sich gehen, sondern nur ein Prozeß von Jahren sein. In diesem Sinne muß deshalb von einer Übergangsphase gesprochen werden, in der sich Indien gegenwärtig befindet.

Die Notwendigkeit von Veränderungen im Machtapparat und den Regierungsmethoden im Ergebnis der 25jährigen Entwicklung wurde in der Zeit vor der Ausrufung des Ausnahmezustandes bereits sichtbar. Der Ausnahmezustand selbst war Ausdruck und Versuch, die Veränderungen mit besonderen Methoden aufzuhalten.

Die Lok-Sabha-Wahlen mit ihrer Entscheidung zu Gunsten der Janata-Partei waren der erste entscheidende Schritt zur Beendigung der ersten Periode der indischen Entwicklung nach der Unabhängigkeit, d. h., bereits ein bedeutendes Ereignis in dieser Übergangsphase.

Die Übergangsphase wird im Prozeß vieler Auseinandersetzungen und Machtkämpfe in die 2. Phase der indischen Entwicklung nach der Erlangung der Unabhängigkeit überleiten. Die gegenwärtig propagandistisch vorrangige Entwicklung der Kleinindustrie auf dem Lande kann nur eine Übergangserscheinung, evtl. sogar Randerscheinung sein und zeitweilig zu einer bestimmten Belebung der indischen Wirtschaft, der Schaffung von Arbeitsplätzen in einem beschränkten Rahmen und in gewisser Weise zur Entwicklung eines inneren Marktes beitragen.

Im wesentlichen muß die Entwicklung der Großindustrie weitergeführt werden.

Auf dem Lande hat eine Rückgängigmachung der Agrarreformen, die während der Regierungszeit des INC eingeleitet wurde, eingesetzt. Die Großgrundbesitzer verlangen ihren Boden zurück. Damit werden die Voraussetzungen für eine kapitalistische Großproduktion auf dem Lande geschaffen, die objektiv zur Entwicklung der Produktivkräfte und zur weiteren Herausbildung einer landwirtschaftlichen Marktproduktion führen wird. Diese Entwicklung auf dem Lande wird eine rapide Verschärfung der Ausbeutung zur Folge haben, und die Urbanisierung vorantreiben.

In Verbindung mit der verschärften Ausbeutung in den anderen Bereichen der indischen Wirtschaft, die durch die ungesügelte Entwicklung des Kapitalismus möglich und durch das hineinströmende Auslandskapital verstärkt wird, ist mit einer schnellen Verschärfung der Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit und des Klassenkampfes zu rechnen.

Kastenwesen, religiöse, nationale, linguistische Besonderheiten werden auf das Tempo dieser Entwicklung sowohl beschleunigend als auch bremsend einwirken.

Unter Berücksichtigung dieser grundsätzlichen Entwicklung der letzten 30 Jahre und den ersten Anzeichen der von den neuen führenden Kräften vertretenen Positionen ziehen sich folgende Gesichtspunkte, mit denen künftig zu rechnen ist, ab:

- Ungehinderte Entwicklung des Kapitalismus in breiter Front auf allen Gebieten des indischen Wirtschaftslebens,
- auf Grund des bereits erreichten Niveaus wird sich die Groß- und Monopolbourgeoisie weiter durchsetzen,

- auf dem Lande wird ein starker Sektor der Agrarbourgeoisie entstehen, in dem Großgrundbesitzer und Kulacken den Ton angeben,
- der staatliche Sektor wird in seiner Rolle eingeschränkt, indem dem privaten Sektor vorrangige Unterstützung zuteil wird und der staatliche Sektor der "freien Konkurrenz" ausgesetzt wird.
- den Multinationalen wird das Land geöffnet.
Die indische Groß- und Monopolbourgeoisie bemüht sich, die Multinationalen als Partner zu gewinnen. Wie weit das gelingt, hängt davon ab, inwieweit die Multinationalen in der Lage sind, auf der Grundlage der objektiv wirkenden Gesetzmäßigkeiten bestimmte Kompromisse einzugehen.
- Innerhalb der Parteien der Bourgeoisie wird ein breiter Differenzierungsprozeß vor sich gehen, in dessen Verlauf sich jene Kräfte durchsetzen werden, die am besten in der Lage sind, den objektiven Erfordernissen der kapitalistischen Produktionsweise gerecht zu werden. Diese Kräfte befinden sich zur Zeit sowohl in der Janata als auch im INC.
- Die demokratischen, antiimperialistischen bürgerlichen Kräfte, die zur Zeit ebenfalls in diesen beiden Parteien der Bourgeoisie organisiert sind, werden sich gegen diesen Prozeß wenden, aber nicht in der Lage sein, diese Entwicklung zu verhindern. Sie werden in diesem Prozeß absorbiert bzw. aus diesen Parteien ausgestoßen. Wenn es ihnen nicht gelingt, sich der KPI anzunähern, werden sie in zunehmendem Maße bedeutungslos.
- Eines der Hauptziele der neuen Regierung als Interessenvertreter der Bourgeoisie ist die Zerschlagung bzw. weitere Schwächung der KPI, die mit allen Konsequenzen und allen Mitteln betrieben wird.
Eine wichtige Rolle ist der KP (M) zugebracht, die als echte KP und Interessenvertreterin der Arbeiterklasse und der Werk-

tätigen profiliert werden soll.

- Auf außenpolitischem Gebiet wird die von der Regierung Indira Gandhi eingeleitete Akzentverschiebung in der Außenpolitik fortgesetzt. In diesem Sinne ist die Kontinuität zu verstehen. Sie wird im wesentlichen durch folgende Gesichtspunkte charakterisiert:

- Weitere Bemühungen zur Verbesserung der Beziehungen mit den USA und den anderen imperialistischen Staaten bei gleichzeitiger Betonung der freundschaftlichen Beziehungen zur SU und der sozialistischen Staatengemeinschaft.
- die weitere Normalisierung der Beziehungen zu China bei Betonung von Grundproblemen, so des Grenzproblems Indien - China.
- die Normalisierung und Verbesserung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten, vor allem Bangladesch und Pakistan, wobei gewisse Konzessionen seitens Indien möglich sind.
- das Eintreten für die Einstellung des Wettrüstens und der Abrüstung, jedoch mit Vorbehalten in zu indischen Interessen berührenden Fragen.
- das Eintreten für die Lösung existierender Konflikte, wobei die antiimperialistische Stoßrichtung abgeschwächt wird, die Tendenz zu einer "neutralen" Position und zum Ausgleich vor allem in Konflikten zwischen Nationalstaaten und imperialistischen Ländern zunimmt.

Inwieweit diese Neugestaltung der Außenpolitik gelingt, hängt im wesentlichen von der Reaktion der imperialistischen Staaten, besonders der USA, aber auch Chinas, ab.

Objektiv bestehende Widersprüche können sich so vertiefen, daß die Neugestaltung mißlingt.

Es gibt jedoch Anzeichen, daß Indien in den Plänen der USA-Politik einen neuen Stellenwert erhalten hat und nicht ausgeschlossen ist, daß es im Ergebnis einer Neugestaltung der Beziehungen zu den USA zu einer Neuprofilierung der indischen Außenpolitik kommt.

Alle außenpolitischen Aktivitäten werden bei Betonung der Nichtpaktgebundenheit vollzogen.

3. Für die Gestaltung unserer außenpolitischen Beziehungen ergeben sich daraus zunächst keine neuen Gesichtspunkte. Es geht weiter darum, die auch nach den Wahlen fortgesetzte Linie konsequent zu verfolgen, alle Ansatzpunkte für die Beziehungen zu nutzen und aus Widersprüchen Indiens zu den imperialistischen Staaten bzw. Chinas entsprechende Schlußfolgerungen zu ziehen und außenpolitische Maßnahmen einzuleiten.

Genosse Koltsev stellte fest, daß es in den indisch-sowjetischen Beziehungen keine Verschlechterung gebe. Nach dem Besuch des Außenministers Gromyko sei besonders der Briefwechsel zwischen Ministerpräsident Desai und Genossen Breshnew hervorzuheben, in dem Einladungen ausgesprochen wurden.

Ministerpräsident Desai habe an Genossen Breshnew ein außerordentlich warmes Telegramm anlässlich seiner Wahl zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets geschickt. Es gebe keine Veränderungen in den Handelsbeziehungen. Probleme bestehen bei der Vorbereitung der nächsten Tagung der sowjetisch-indischen Gemeinsamen Wirtschaftskommission, die seit langem überfällig ist und wo es bisher keinerlei Anzeichen dafür gibt, daß die indische Seite bereit ist, eine solche in nächster Zeit durchzuführen.

Es sei notwendig, die Entwicklung der Beziehungen Indiens zu den USA, den anderen imperialistischen Staaten und

Chinas sorgfältig zu beobachten und alle Erscheinungen zu registrieren und zu analysieren.

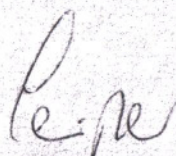
Nach der Wahl des indischen Präsidenten, die am 6. August stattfindet, ist mit neuen innen- und außenpolitischen Aktivitäten zu rechnen, die weiteren Aufschluß über die politischen Vorstellungen der herrschenden Kräfte geben.

Die Nominierung des Präsidentschaftskandidaten wird von den verschiedensten Kräften in der Janata-Partei und im INC genutzt, um ihre Position durchzusetzen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß es dabei zu überraschenden Wendungen kommen und evtl. sogar der jetzige Ministerpräsident Desai nominiert wird. Innenminister Charan Singh versuche, die Präsidentschaftswahlen zu nutzen, um Konkurrenten, die ihm in seinem Streben nach dem Posten des Ministerpräsidenten im Wege stehen, auszuschalten.

So habe er bereits den jetzigen Verteidigungsminister Ram als Präsidentschaftskandidaten vorgeschlagen. Ram habe jedoch abgelehnt.

4. Ich übermittelte Genossen Maltsev die Glückwünsche aller Genossen der DDR-Botschaft zu seiner Auszeichnung mit dem Orden der Oktoberrevolution und trug den Wunsch an ihn heran, vor dem Parteikollektiv der DDR-Botschaft über den Verfassungsentwurf zu sprechen. Genosse Maltsev versprach, diese Bitte zu prüfen und uns über seine Entscheidung zu informieren.

Das Gespräch verlief in der üblichen herzlichen Atmosphäre.


Schisler
Botschafter